

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Präsidium des 47. Bonner
Studierendenparlamentes

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Bonn, 2025-06-15

Beschlussausfertigung

Beschlussausfertigung: **Bekanntnis gegen Antisemitismus des 47. Bonner Studierendenparlamentes**

Antragstellende: Jonas Foemmel & Boldizsár Mann (für die Fraktion Jusos-HSG & Links-Grüne-Liste)
Vasco Silver (für die Fraktion Liste Poppelsdorf)

Sitzung des Beschlusses: 4. ordentliche Sitzung

Datum der Sitzung: 2025-06-04

Das 47. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **4. ordentlichen Sitzung** den angehängten Antrag „**Bekanntnis gegen Antisemitismus des 47. Bonner Studierendenparlamentes**“ der oben genannten Antragstellenden **mehrheitlich** beschlossen.

A handwritten signature in black ink that reads 'Sophia Da Costa'.

Sophia Da Costa
Erste Sprecherin

Das 47. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Schon lange, verstärkt aber vor allem auch in den letzten Jahren, ist eine erschreckende Zunahme an antisemitischen Vorfällen auch in Bonn zu beobachten. So leider zum Beispiel im Fall von Gastprofessor Jitzchak Jochanan Melamed im Jahr 2018, der im Hofgarten auf Grund seiner jüdischen Identität angegriffen wurde und dann von der Polizei als eigentliches Opfer nochmal niedergedrungen und geschlagen wurde.^{1,2} Diesen Vorfall hat das Studierendenparlament zum Anlass genommen um sich seit dem jährlich klar gegen Antisemitismus zu positionieren. Darum bekennt sich das SP auch dieses Jahr zu folgenden Punkten:

1. Antisemitismus ist in all seinen Facetten und Formen zu verurteilen. Auch die Universität Bonn trägt besondere Verantwortung aufgrund ihres Mitwirkens bei der Verfolgung, Diskriminierung und Vernichtung jüdischer Menschen im Dritten Reich, da sich auch Professor*innen und Studierende der Universität Bonn an diesen beteiligt haben, wie z.B. vom ehemaligen Uni-Archivar Thomas Becker³ umfangreich aufgezeigt worden ist. Antisemitische Ressentiments und Rassenideologie gegen jüdische Menschen sind leider auch heute noch präsent. Daher gilt es weiterhin dem entschlossen entgegenzustehen.

Darum solidarisiert sich Studierendenschaft der Universität Bonn mit jüdischen Menschen insbesondere in Bonn und spricht sich gegen jede Form von Antisemitismus aus. Auch bekundet die Studierendenschaft ausdrücklich ihre Solidarität mit den jüdischen Kommiliton*innen an unserer Uni sowie an unseren Partneruniversitäten.

Dem Staat Israel das Existenzrecht abzuspochen, den Staat Israel zu dämonisieren oder jüd*innenfeindliche Stereotype auf Israel zu projizieren ist dabei auch als Antisemitismus zu benennen. Israelbezogener Antisemitismus ist unter anderem dadurch von Kritik an israelischer Politik zu unterscheiden, dass neben den politischen Entscheidungsträger*innen auch die Zivilbevölkerung oder jüdische Menschen weltweit pauschal in die Verantwortung gezogen werden.

2. Das SP unterstützt den Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz vom 19. November 2024⁴ zur „Aufklärung [zu Antisemitismus] durch Forschung, Bildung und Austausch“ und fordert, dass die Universität ihre Bemühungen dahingehend verstärkt.
3. Personen und Institutionen, die sich positiv auf Aggressionen gegen den Staat Israel oder seine Bürger*innen beziehen, sollten weder von der Studierendenschaft noch von der Universität gefördert oder unterstützt werden.

¹Artikel des Deutschlandfunks (zuletzt aufgerufen am 29.04.2025)

²Artikel der Deutschen Welle (zuletzt aufgerufen am 29.04.2025)

³Becker, Thomas (Hg.): *Zwischen Diktatur und Neubeginn: Die Universität Bonn im 'Dritten Reich' und in der Nachkriegszeit*, Göttingen, 2008.

⁴Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz (zuletzt aufgerufen am 29.04.2025)

4. Wir erkennen das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung an und solidarisieren uns mit ihr. Zugleich kann ein palästinensischer Nationalismus, der die Schaffung eines palästinensischen Staates an die Bedingung der Abschaffung oder Vernichtung des Staates Israel knüpft, niemals legitim sein.
5. Mitglieder des AStA werden aufgefordert, diese Position gegenüber der Universität zu vertreten und in ihren politischen Handlungen sowie bei öffentlichen Äußerungen zu berücksichtigen. Zudem wird der AStA aufgefordert sich auch weiterhin bei Veranstaltungen und ihrer politischen Arbeit mit Antisemitismus kritisch-konstruktiv auseinander zu setzen.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]